



Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
58095 Hagen

Telefon: 02331 207-5529

Fax: 02331 207-5530

E-Mail: fraktion@fraktion-hagen-aktiv.de

Internet: www.fraktion-hagen-aktiv.de

Hagen, 08.November 2012

Pressemitteilung (PM 010/2012)

Steuererhöhungen als „Sparansatz“ sind für Hagen Aktiv tabu.

Vor zwei Wochen hat die Arnsberger Bezirksregierung den Haushaltssanierungsplan der Stadt Hagen abgelehnt. Der OB und der Kämmerer wurden zu einer deutlichen Nachbesserung bis Ende des Jahres aufgefordert. Abgesehen von einer Einladung der Fraktionsvorsitzenden zu einer Sondersitzung des Ältestenrates am Montag nächster Woche, in der das weitere Vorgehen zum HSP vorgestellt werden soll, ist bisher jedoch noch nichts geschehen.

Fraktionschef Josef Bücker ist hierüber nicht verwundert, fragt sich allerdings wie das von Arnsberg eingeforderte Sparziel bis Ende des Jahres überhaupt noch erreicht werden soll. Der Fraktionschef gibt selbst die Antwort. „Wir vermuten, dass der OB bereits hinter verschlossenen Türen ein Notpaket zusammenschraubt, das ohne Diskussion durchgedrückt werden soll. Wir gehen davon aus, dass eine Erhöhung der Grundsteuer B für die Bürgerschaft und eine Erhöhung der Gewerbesteuer für die Unternehmerschaft kommen wird.“ Sollte dem so sein, so Hagen Aktiv, dann stellt dies kein Sparen, sondern lediglich eine Mehrbelastung für Bürgerschaft und Unternehmen dar. „Unseren dezidierten Vorschlag zur Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit hat die Hagener Verwaltung derart leidenschaftslos verfolgt, dass Regierungspräsident Dr. Bollermann lediglich feststellen konnte, dass es sich hierbei um eine Tasse ohne Griff handelt. Vorschläge der Verwaltungsspitze für einen nachhaltigen Umbau des Verwaltungsapparates und damit eine Effizienzsteigerung vermissen wir ebenfalls. Seinen Kernaufgaben kommt der Verwaltungsvorstand bedauerlicherweise in keiner Weise nach,“ so Bücker abschließend.

Hagen Aktiv wird mögliche Steuererhöhungen zur Haushaltskonsolidierung, sowohl bei der Grundsteuer als auch bei der Gewerbesteuer, ablehnen. „Steuererhöhungen werden die zukünftige Entwicklung unserer Stadt maßgeblich behindern. Sparen geht anders. Lieber OB, bitte sparen Sie z.B. durch interkommunale Zusammenarbeit, erstellen Sie endlich ein Personalentwicklungskonzept, reduzieren Sie externe Beratungskosten. Konzentrieren Sie sich auf ihre Kernaufgaben,“ so der abschließende Appell vom Fraktionschef Bücker.